№ 68. Morgen-Ausgabe. Berlin. Freitag, 7. Februar 1913.

Vossische Zeitung

Begründet 1704.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seiten-Rubriken: Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross-Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreisliste 8. 222), für Gross-Berlin bei allen Zeitungsspediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Bezugspreis: für Gross-Berlin durch die Zeitungsspediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschl. Bestellgebühr. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellengesuche sowie amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 40 Pf.), Montagsausgabe und „Für Reise und Wanderung" 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf., alle übrigen Berechnung nach Schriftarten laut Tarif. — Haupt-Expedition: C. 2. Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: W. 9. PotsdamerStr. 134 a, W. 50. Tauentzienstr. 7., W. 62. Lutherstr. 21., S. 14. Neue Roßstr. 18., O. 27. Holzmarktstr. 13.

Telephon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrals im Hause) Amt Zentrum 1955., 1543., 7462., 7990., für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640., 10 641.

Im Verlage Vossischer Erben. Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9., Berlin C. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils) Hermann Bachmann in Berlin.

Materialien für den Marineetat.

Von Dr. med. **Struve**, Kiel, Mitglied des Reichstages.

Die Beratung des Marineetats in der Budgetkommission hat begonnen. Bei der unsicheren äußeren politischen Lage ist eine eingehende militärisch-technische Würdigung unserer Seestreitkräfte zu erwarten, so daß, da nur wenige Tage für die Marine vorgesehen sind, die Personalfragen unserer Flotte zu leicht nur zu kursorisch behandelt werden können. Eine informatorische Uebersicht über die wichtigsten Punkte ist daher wohl am Platze.

Die Sollstärken des Seeoffizier- und Ingenieurkorps verhalten sich wie 4 zu 1. Im Reichsmarineamt entsprechen aber 60 Stellen für Seeoffiziere nur 8 für Ingenieure, keine 15. Und diese 8 Ingenieure fungieren ausschließlich als Hilfsarbeiter, keiner ist selbständig. Die Seeoffiziere dagegen sind Departementsdirektoren, Abteilungschefs, vortragende Räte und — ein Adjutant. Da ist doch der Schluß berechtigt, daß die Vertreter der Seele des Schiffes, der Maschine, nicht den erforderlichen Einfluß bei der leitenden Behörde haben. Gewiß finden wir in der Abteilung für Artillerie- und Handwaffenkonstruktion zwei Ingenieure, natürlich nicht in leitender Stellung. Aber bei dem Dezernat für Instandhaltung der Schiffsmaschinen sucht man vergeblich nach dem Namen eines Marineingenieurs! Die Organisation selbst wird weiter ausgebaut, ein Unterstaatssekretär und ein weiterer Departementsdirektor werden neu gefordert, beides werden Stellen für Seeoffiziere. Es wird höchste Zeit, daß der Marineingenieur sowohl in seinem eigentlichen Tätigkeitsfeld — Maschinenbetrieb — wie auch in seinen eigenen Personalfragen sich in entscheidender Stellung in der Zentrale in Berlin Gehör verschaffen kann.

Den Nachteil hat jetzt die aktive Flotte. Auch in diesem Jahre sollen wir 30 000 Mk. zur Förderung des neusprachlichen Studiums der Offiziere und Beamten bewilligen. Im vorjährigen Etat war diese Position von 20 000 Mk. auf 30 000 Mark erhöht worden, da „zahlreiche Offiziere zu Dolmetschern ausgebildet werden müßten und auch Beamte berücksichtigt werden sollten". Der Reichstag stimmte gern zu, galt es doch hier, ein Bedürfnis der Front zu befriedigen. Nun erfahre ich zu meinem größten Erstaunen, daß der Unterricht in der französischen Sprache auf der Ingenieurschule abgeschafft worden ist. Die Nachricht ist so unglaublich, daß ich mitteilen muß, daß meine Informationen mir einen Zweifel — leider — nicht gestatten. Dem Ingenieur soll also vorenthalten werden, sich im französischen Auslande, auf Werften usw. umzuhören, sich durch französische Fachzeitschriften weiterzubilden — und man mutet ihm zu im internationalen Verkehr, in der Masse sich mit der Rolle eines stummen Zuschauers zu begnügen! Hier muß entweder der französische Sprachunterricht auch für die jungen Ingenieurfähnriche wieder eingeführt werden, oder wir streichen diesen Titel und die andern Kosten für den französischen Sprachunterricht an den Marinebildungsstätten.

Von diesen gibt es am 1. Oktober 1913 eine neue. Dann wird die Ingenieur- und Deckoffizierschule in Kiel in Betrieb genommen, die alte in Wilhelmshaven wird dabei unverändert weitergeführt. Wir haben also das schultechnische Kuriosum, daß für eine beschränkte Anzahl von jungen Leuten der gleichen Kategorie zwei sehr kostspielige Anstalten mit reich ausgestatteten Laboratorien eingerichtet werden, während die an diesen Schulen Ausgebildeten später in einer Rangliste durch einander durch rangieren. Man denkt zunächst an militärische Gründe: für den Fall der Mobilmachung soll die Nordsee, soll die Ostsee sofort ihr technisches Personal haben. So ist es uns auch mit allem Nachdruck versichert worden. Aber mit wenig Beweiskraft. Der ganze Seeoffiziernachwuchs wird an einer Stelle, in Mürwick bei Flensburg, ausgebildet, der kann also vielleicht weder mehr nach Kiel, noch nach Wilhelmshaven kommen, wenn der plötzliche Ueberfall einmal verwirklicht werden sollte. Und den sachlichsten Grund: kleine Klassen, daher bessere Erfolge, kann man für die Einrichtung der beiden Schulen anstatt einer auch nicht annehmen, da die Persönlichkeiten der letzten beiden Direktoren in dem Punkte eine zu beredte Sprache sprechen. Der letzte war der höhere Seeoffizier, der, wie Abgeordneter Bergrat Gothein unwidersprochen in der Kommission und in der Presse mitteilen konnte, in einem Brief an einen Vorgesetzten die „Notwendigkeit" betonte: das Ingenieurkorps dürfe sich nur aus Leuten unter dem Mittelstande rekrutieren, und sein Vorgänger, auch ein Kapitän zur See, hat ihm ausdrücklich aus „höheren strategischen Gründen" recht gegeben. Also Schulgründe liegen nicht vor. Aber die Schaffung eines einheitlich denkenden Korps wird verhindert, störende Reibungsflächen unter den Marineingenieuren geschaffen. Den letzten Direktor hat Herr Staatssekretär v. Tirpitz dankenswerterweise kurzerhand entfernt, wie er ja im letzten Jahre manchen Ingenieurwunsch erfüllt hat, aber was sagt er dazu, daß der Unterricht in organischer Chemie von der Ingenieurschule verbannt wurde und daß es mit der höheren Mathematik wenigstens so geplant wird?

Da liegt das Bedürfnis für höhere Ingenieurstellen, das früher so bestritten wurde: eine Spitze des Ingenieurkorps im Reichsmarineamt, nur dem Staatssekretär unterstellt, ist eine unabweisbare Notwendigkeit geworden. Und ein Chefingenieur als Direktor der Ingenieurschule an Stelle eines Seeoffiziers nach den letzten Erfahrungen meines Erachtens auch.

Die eingehendste Aufmerksamkeit aller Parteien, die an der Schlagfertigkeit unsrer Marine ein Interesse haben, und da schließe ich keine aus, verdient die Deckoffizier- und Unteroffizierfrage. Hier sollte der Reichstag mit aller Energie zufassen und durchgreifen. Im vorigen Jahre ist eine von uns Fortschrittlern eingebrachte Resolution angenommen worden, die soziale und wirtschaftliche Lage der Deckoffiziere der Marine zu heben. Der Leiter unserer Flotte erklärte in der Kommission und im Plenum, niemand wisse mehr als er die Bedeutung dieser Kategorie für unsere Verteidigung zur See zu schätzen und zu würdigen, er würde sein Wohlwollen auch durch die Tat beweisen. Leider ist es, sofern wir nicht bei der Etatsberatung selbst angenehm überrascht werden, bei diesen Worten geblieben. Und all die Uebelstände, auf die ich seit Jahr und Tag schon hingewiesen habe, bestehen noch und haben sich noch bedeutend verschlimmert. Ein Kommandowechsel kann hier nichts nützen, hier muß von Grund auf gebessert werden.

Durchgreifend und energisch. Diese rein militärischen Fragen der Lücken unserer Wehrkraft sollten von allen Berufenen ohne Parteileidenschaft zu lösen versucht werden. Hier harren unser sehr wichtige Entscheidungen.

Ein alter Wunsch des Reichstages ist auch immer noch nicht erfüllt. Unsere kaiserlichen Werften haben keine Beamtenausschüsse. Die Arbeiter haben das seit Jahr und Tag durchgesetzt, für die auf Privatdienstantrag Angestellten ist jetzt ein Satzungsentwurf für einen Ausschuß bekannt geworden: es war also Zeit, daß die sozialen Gruppen des Reichstages hier wieder ihren Ernst bekunden, daß etwas geschieht. Namentlich, wo durch Verwaltungsmaßnahmen unseren Marinebeamten ihre staatsbürgerlichen Rechte immer mehr verkümmert werden. Durch einen Tagesbefehl ist der Begriff „Kollektiveingaben", die ja den Beamten verboten sind, so erweitert worden, daß nicht nur Eingaben, die von mehreren unterschrieben sind, herunter fallen, sondern auch gleichlautende oder den gleichen Zweck verfolgende (!) Eingaben, die von mehreren Personen gleichzeitig vorgelegt werden! Ich bin begierig, was unsere Juristen hierzu sagen werden: jedenfalls ist es ein äußerst praktisches Mittel, den Beamten das Petitionieren tatsächlich unmöglich zu machen.

Das geht bis in die höchsten Stellen. Ich glaube nicht, daß jetzt wieder dem Reichsmarineamt eine Bittschrift von einer der drei kaiserlichen Werften vorliegt: die ungeteilte Dienstzeit auf den Werften wieder wie vor dem Werftprozeß einzuführen. Auch hohe unbequeme Frager weiß man sehr gut abzuschrecken. Und doch ist sich jeder der Beteiligten klar, daß die geteilte Dienstzeit für die Arbeit an unserer Flotte, für den Säckel der Steuerzahler und für die Beamten und Angestellten — die Arbeiter wollen diese Aenderung nicht — gleich schädlich ist. Hier setzen die weitesten Kreise ihre Hoffnung auf den Reichstag. Hoffentlich versagt er nicht.

Die chinesische Geldnot.

Paris, 6. Februar. Zu der Frage der chinesischen Anleihe wird offiziös gemeldet, daß bezüglich der Ernennung der drei ausländischen Beiräte baldigst eine Verständigung erzielt werden würde. Sie dürften voraussichtlich jenen Mächten angehören, die als die größten Gläubiger angesehen werden. Eine der Beiratsstellen dürfte Frankreich und Rußland gemeinsam zuerkannt werden.

London, 6. Februar. Wie das Bureau Reuter erfährt, hat der chinesische Gesandte in London ein Telegramm aus Peking erhalten, demzufolge Hitch für die Anleihevehandlungen neue Instruktionen und die Ankunft Chang Tung Yoans abwartet. Chang Tung Yoan, der Vizepräsident des Finanzrats, ist zum Finanzvertreter Chinas in England ernannt worden und wird mindestens solange dort bleiben, bis China die augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten überwunden hat. Wegen der dringenden Notwendigkeit, die schwebenden Schulden vor dem chinesischen Neujahr, das auf den heutigen Tag fällt, zu begleichen, erhielt die chinesische Regierung einen Vorschuß von 750 000 Pfund Sterling. Diese Summe stellt die letzte Rate der chinesischen Fünfmillionenanleihe dar, die erst später fällig wäre.

London, 6. Februar. Der Nationalist Ginnell richtete an den Staatssekretär Grey im Unterhause die Anfrage, ob der von der Sechsmächte-Gruppe China aufgenötigte Anleiheentwurf die Ernennung der von den einzelnen Beteiligten für die wichtigen Stellen der Ueberwachung der Steuer, Rechnungsanleihe und Eisenbahndepartements vorgesehenen Personen umfasse, und ob er die vorläufige Ernennung des Deutschen Rump zum Chef der neuen chinesischen Rechnungskammer gebilligt habe. Ginnell machte darauf gegen Rump gewisse Einwendungen. Sir Edward Grey erwiderte: „Es versteht sich von selbst, daß die Ernennungen für die verschiedenen chinesischen Abteilungen bei der Reorganisation der Anleihe nur nach Besprechung mit den Vertretern der interessierten Mächte geschehen können. Meine Antwort auf die letzte Frage ist negativ. Mir ist nichts davon bekannt, daß Rump für den Posten nicht befähigt ist. Soweit die britische Regierung unterrichtet ist, sind die Ernennungen bis jetzt noch nicht vollzogen."

Der Kampf um die Gallipoli-Halbinsel.

Konstantinopel, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Aus Gallipoli hierher geflüchtete Frauen erzählen, daß die Türken bei Kawak, mehrere Stunden von Gallipoli, die Bulgaren aus zwei Schanzen vertrieben haben.

Erfolgreiches Eingreifen der türkischen Flotte.

Konstantinopel, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die Mithilfe der Flotte erweist sich bei den Kämpfen an der Marmaraküste als sehr nützlich. So hat das Küstenwachschiff „Ziave" vorgestern den nach Myriophiton niedersteigenden Bulgaren großen Schaden zugefügt und diese schließlich gezwungen, sich in das Innere der Stadt zurückzuziehen. Auch der später anlangende Panzer „Messudieh" hinderte die Bulgaren in ihren Operationen, während der Kreuzer „Berkisatvet" diese aus Peristasi vertrieb.

Konstantinopel, 6. Februar. (Wr. K. K. Tel.-Corresp.-Bur.) Es heißt hier, daß **die Bulgaren Rodosto nach Zerstörung der militärischen Gebäude verlassen** haben.

Das Bombardement von Adrianopel.

Konstantinopel, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Nach amtlichen Berichten sind bei der durch das Bombardement verursachten Feuersbrunst in Adrianopel 55 Personen verbrannt. Die Bulgaren richteten ihre Geschosse auf die Minarette der Selimmoschee in der Meinung, daß dort die Station für die drahtlose Telegraphie untergebracht sei, die sich jedoch anderswo befindet.

Die nationale Verteidigung der Türkei.

Konstantinopel, 6. Februar. Die Regierung erhält fortgesetzt aus den Provinzen Telegramme, in denen der Patriotismus der Bevölkerung betont wird, die für die Zwecke des Krieges eine Summe in der Höhe der Steuereingänge eines Jahres anbietet. In den Hauptmoscheen von Konstantinopel sind Tausende von Muselmanen versammelt. Die Geistlichen halten Ansprachen an die Gläubigen und verrichten Gebete für den Erfolg der ottomanischen Waffen.

Die türkischen Finanzen.

Frankfurt a. M., 6. Februar. Wie die „Frankf. Zeitung" aus Konstantinopel erfährt, werden heute in Paris die unterbrochenen Verhandlungen der verschiedenen türkischen Finanzsyndikate wieder aufgenommen. Sie werden eine Hilfeleistung für den türkischen Staatsschatz und die damit verbundene Rekonstruktion der türkischen Finanzen zum Gegenstand haben.

Venizelos auf der Reise.

Belgrad, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Der griechische Ministerpräsident Venizelos, der gestern abend bereits die Weiterreise über Uesküb nach Saloniki fortgesetzt hat, hatte vorher eine kurze Privataudienz bei König Peter und eine längere Beratung mit Pasitsch, der ihm auch ein Frühstück bot, an dem die hier befindlichen Friedensunterhändler, einige Minister und Parlamentarier teilnahmen. Eine besondere Sendung scheint der Grieche hier nicht gehabt zu haben.

Danews Heimkehr.

Sofia, 6. Februar. Dr. Danew ist hierher zurückgekehrt. Er wurde vormittags vom König in Audienz empfangen und wohnte am Nachmittag der Sitzung des Ministerrats bei, in der er über die von ihm in London behandelten Fragen berichtete.

Der Abschied der Montenegriner von London.

London, 6. Februar. Wie das „Bur. Reuter" erfährt, haben die montenegrinischen Unterhändler heute vormittag im Auswärtigen Amt einen Besuch abgestattet, um sich von Sir Edward Grey zu verabschieden. Grey sprach die Hoffnung aus, daß der Frieden bald in London abgeschlossen werden würde.

Die Botschafterkonferenz.

London, 6. Februar. Die Botschafterkonferenz hielt heute eine außergewöhnlich lange Sitzung von zweieinhalb Stunden Dauer ab.

Ein serbisches Dementi.

Belgrad, 6. Februar. Das Preßbureau ist ermächtigt, die auswärtigen Zeitungsmeldungen über eine Schließung der rumänischen Schulen in den besetzten Gebieten auf das entschiedenste in Abrede zu stellen. Uebrigens seien alle Schulen Serbiens geschlossen, weil das Personal seit Beginn des Krieges unter die Fahnen berufen ist und die großen Schulen in Hospitäler umgewandelt sind.

Das kaiserliche Handschreiben und Serbien.

Belgrad, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Das Handschreiben des Kais